DIE AKTUELLE KOLUMNE 24.11.2025

Zivilgesellschaftsförderung

Warum Zivilgesellschaft zwar kein Allheilmittel, aber wichtig ist!

Lena Gutheil & Jasmin Lorch
German Institute of Development and Sustainability (IDOS)

Bonn, 24. November 2025. Zivilgesellschaft ist kein Allheilmittel gegen Autokratisierung. Sie kann jedoch Rechtsverletzungen offenlegen und zu Pluralismus beitragen – daher verdient sie gezielte Förderung.

Zivilgesellschaftliche Organisationen stehen weltweit unter Druck – und das von mehreren Seiten. Der weltweite Trend der Autokratisierung schränkt den Raum für die Zivilgesellschaft ein. Gleichzeitig brechen vielen Organisationen die Finanzierungsquellen weg. Zu den Verlusten durch die Abwicklung der United States Agency for International Development (USAID) kommen Kürzungen bei anderen Gebern wie Großbritannien und den skandinavischen Ländern. Zudem steht die organisierte Zivilgesellschaft in Form von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) seit langem in der Kritik, nicht demokratisch legitimiert zu sein und im

CC BY 4.0 license

Globalen Süden oft die Agenden westlicher Geber zu implementieren.

Auf deutscher Seite werfen die Kürzungen im Haushalt des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) die Frage nach einer Ausgabenpriorisierung auf. Trotz vieler Herausforderungen sollte die Zivilgesellschaftsförderung nicht heruntergefahren, sondern vielmehr gezielt zum Schutz der Demokratie eingesetzt werden. Denn eine starke Zivilgesellschaft kann durchaus wichtige Beiträge im Kampf gegen Autokratisierung leisten.

Ein Plädoyer für Realismus

Seit den 1990er Jahren wurden zivilgesellschaftliche Organisationen von westlichen Gebern oft idealisiert. Dabei kam es vielfach zu einer Gleichsetzung von Zivilgesellschaft und NGOs, welche nicht nur in der Demokratieförderung, sondern auch bei der Erbringung sozialer Dienstleistungen als eine Art Allheilmittel („magic bullet“) angesehen wurden. Sie galten als besonders bevölkerungsnah und kosteneffektiv.

„Vorrangig förderungswürdig sind Organisationen, die Regierungen zur Rechenschaft ziehen und sich für Menschenrechte einsetzen.“

Diese Zeiten sind vorbei. NGOs werden nicht nur von autoritären Regierungen immer weiter eingeschränkt, sondern auch kritische Stimmen aus den eigenen Reihen zweifeln an ihrer Effektivität. Wo sie als Demokratieförderer auftreten, regt sich Kritik an ihrer demokratischen Legitimation. Zudem werfen Kritiker*innen aus dem Globalen Süden NGOs vor, vorrangig Geberagenden zu implementieren. NGOs können auch neue Hierarchien schaffen, indem sie „für“ marginalisierte Gruppen sprechen – anstatt diese zu befähigen, für sich selbst zu sprechen.

Was Zivilgesellschaft für Demokratie leisten kann

Klar ist: Professionelle NGOs im Globalen Süden sind selten Mitgliederorganisationen und sind nicht demokratisch gewählt. Demokratische Parteien können sie nicht ersetzen. Ihre Stärke liegt aber darin, einzelne Themen („issues“) auf die politische Agenda zu setzen. Was sie wirklich können, ist, in den Sektoren, in denen sie Expertise haben, den Finger in die Wunde zu legen.

Durch Advocacy, Lobbyarbeit und Recherche bringen NGOs Menschenrechtsverletzungen und andere Probleme wie Umweltverschmutzung an die Öffentlichkeit. Damit leisten sie wichtige Beiträge zur politischen Meinungsbildung und erhöhen die Transparenz und Rechenschaftspflicht der Regierung. In einigen Ländern wie Malawi oder im Senegal trug die Mobilisierung durch NGOs dazu bei, die Aufhebung von Amtszeitbeschränkungen zu verhindern.

Wo Oppositionsparteien verboten oder eingeschränkt werden, leisten NGOs einen begrenzten aber wichtigen Beitrag zu politischem Pluralismus. So zählen im autoritären Einparteienregime Kambodschas die Workshops von NGOs mittlerweile zu den wenigen verbliebenen Räumen, in denen Bürger*innen kritische Ansichten diskutieren können.

Gleichzeitig gilt es, den Blick auf Zivilgesellschaft zu weiten. Jüngst waren es die Proteste der jungen Generation (GenZ), die in Ländern wie Madagaskar, Kenia und Bangladesch, autokratische oder korrupte Regime herausfordern. Soziale Bewegungen, Gewerkschaften und religiöse Vereinigungen entfalten oft hohen Reformdruck. Nicht immer sprechen diese Akteure – im wörtlichen wie im übertragenen Sinne – die Sprache der Geber. Doch setzen sie autoritären Regierungen oft mehr entgegen und sind stärker in der Bevölkerung verwurzelt als professionalisierte NGOs.

Gezielt fördern

Daher sollten die Bundesrepublik Deutschland und andere Geber die Förderung von Zivilgesellschaft fortsetzen und die nötigen Mittel bereitstellen. Gerade in Zeiten knapper Kassen sollte genau geprüft werden, welche Ziele mit der Förderung erreicht werden sollen. Vorrangig förderungswürdig sind Organisationen, die Regierungen zur Rechenschaft ziehen und sich für Menschenrechte, Transparenz und Pluralismus einsetzen. Realismus hinsichtlich der Leistungen von NGOs ist angebracht. Doch wo sie zum Schutz der Demokratie in den Partnerländern beitragen, sollte die deutsche Außen- und Entwicklungspolitik dies fördern. Zudem gilt es, auch anderen Akteuren der Zivilgesellschaft, die wichtige demokratische Beiträge leisten – wie sozialen Bewegungen, Gewerkschaften und informellen Gruppen – bessere Zugänge zu Förderung und politischer Unterstützung zu eröffnen.

Die aktuelle Kolumne ISSN 2512-9074

Zitationsvorschlag: Gutheil, L. / Lorch, J. (2025). Warum Zivilgesellschaft zwar kein Allheilmittel, aber wichtig ist! (Die aktuelle Kolumne 24.11.2025). Bonn: IDOS

© German Institute of Development and Sustainability (IDOS)